

«Rahmenabkommen mit der EU ist nicht dringlich»

«Das ist ein Besucherrekord», frohlockte FDP-Bezirkspräsident Alain Schwald bei der Begrüssung der gut 120 Personen, die sich zum «präsidialen Monatstreff» der FDP im Gartencenter Guggenbühl in Bonstetten einfanden. «Bei ihrer Wahl vor exakt einem Jahr war ich skeptisch, aber sie macht es sehr gut», lobte er die Präsidentin der FDP, die seit den Nationalratswahlen in den Kantonen 20 Sitze gewonnen hat.

In ihrer Einführung «wanderte» Petra Gössi, Mitglied der nationalrätlichen Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK), durch das politische Umfeld, das geprägt ist von Brexit, Trump, Türkei. Sie erwähnte die damit zusammenhängenden Unsicherheiten, den rauer wehenden Wind. «Die Schweiz ist klein, aber agil. Der Bundesrat muss beobachten und schnell reagieren – natürlich ist das eine Herausforderung», sagte sie. Dass gegen die Masseneinwanderungs-Initiative (MEI) kein Referendum zustande kam, wertet Gössi als Indiz, dass die Bevölkerung mit der Umsetzung «einverstanden ist». Mit dieser Lösung werde keine Türe zugeschlagen. Die EU habe kein Druckmittel gegen die Schweiz, und es bestehe überhaupt keine Dringlichkeit, das Rahmenabkommen mit der EU zu pushen. Damit vertritt sie eine andere Position als FDP-Aussenminister Didier Burkhalter. Die EU sei mit sich selbst beschäftigt, mit dem Brexit und mit diversen anstehenden Wahlen in Mitgliedsländern. «Die jetzige Situation ist gut für die Schweiz. Wir müssen die Bilateralen aufrechterhalten, beobachten und Entwicklungen aufnehmen», sagte Petra Gössi.

Mit der Altersvorsorge 2020 schnitt die Parteipräsidentin ein weiteres Thema an. Eine Aufstockung der AHV um 70 Franken entspreche dem Giesskannenprinzip, sei nicht sozial (weil nur Neurentner profitieren) und abzulehnen. Sie bekräftigte den FDP-Vorschlag, die Rentenkurve zu «lupfen», den Umwandlungssatz zu senken und den Koordinationsabzug zu kürzen oder abzuschaffen. Bis 2030 sei die AHV ausfinanziert, aber ab 2035 fehlten ihr jährlich über 6 Milliarden. Wie auffangen? Mit höherer Mehrwertsteuer und höherem Rentenalter. «Stimmen sie am 21. September Nein zur Vorlage der Altersvorsorge», empfahl Petra Gössi, die sich auch den Fragen aus dem Publikum stellte. (-ter.)